

PROTESTKULTUR

Politiker, hört auf uns!

In Hamburg droht dem Senat wegen seiner Kulturpolitik eine Klage der Bürger. Wie in Stuttgart ignorieren Politiker den Zorn des Volkes. Damit machen sie einen Fehler. Ein Kommentar

VON: Evelyn Finger | 7.10.2010 - 14:43 Uhr

© Angelika Warmuth/dpa; Otto Marcus: Altonia; VG-Bildkunst



Auf dem Gemälde ist die "Altonia" zu sehen - und offensichtlich halten viele Hamburger sie für gefährdet. Am Sonntag hing unter dem Kunstwerk im Altonaer Museum ein Transparent, dass das "flotte Mädchen in Sehnnot" sieht

Eine Regierung ist so schlecht, wie die Bürger es zulassen, und so gut, wie die Bürger es erzwingen. In Deutschland haben die Bürger in diesen Tagen anscheinend das Gefühl, zu viel zugelassen und zu wenig erzwungen zu haben. Sie sind mit ihren Regierenden unzufrieden, und deshalb zeigen sie jetzt sogar im vornehmen Hamburg öffentlich ihre Empörung. Am Mittwoch demonstrierten Bürger mit einer Menschenkette gegen die Sparbeschlüsse des Senats. Das schwarz-grüne Hamburg nämlich will auf eine Weise sparen, die die Bürgerschaft noch viel Geld kosten, vor allem aber dem Ansehen der Stadt dauerhaft schaden könnte.

Um die Brisanz des Vorgangs zu verstehen, muss man sich klar machen, welchen schlechten Ruf Demonstrationen in Hamburg seit Jahrzehnten haben. Demos, das sind normalerweise die Krawalle im dreckigen Schanzenviertel. Demonstranten, das sind verummte linke Chaoten, die gern Schaufenster demolieren und sich mit der

Polizei prügeln. Damit wollen gutbürgerliche Kreise nichts zu tun haben. Trotzdem stehen sie jetzt auf dem Rathausplatz. Es sind noch nicht Zehntausende wie in Stuttgart. Dafür ziehen sie gleich vors Parlament. Hier schlug mal das Herz der Demokratie. Jetzt kommt den Bürgern vor: Hier residiert eine Beschlussdiktatur.

Denn die Senatoren haben ihre brisanten Beschlüsse nicht offen diskutiert und sie scheinen auch nicht bereit, Entscheidungen wie die Schließung des großen Altonaer Museums, den Ruin des renommierten Schauspielhauses und die Beschneidung der Bücherhallen im Nachhinein plausibel zu machen. Sie glauben offenbar, demokratische Politik sei, einsame Entscheidungen zu treffen und sie dann zu dekretieren. Die Bürger laufen wie in Stuttgart Sturm, aber die Politiker, anstatt in der Sache zu argumentieren, sagen: Beschluss ist Beschluss. Wozu sonst habt ihr uns gewählt?

Ganz bestimmt wollte das Volk nicht, dass sich seine Volksvertreter wie Funktionäre gebärden, wie diesen Herbst in Hamburg, als der CDU-Kultursenator Reinhard Stuth die Sparmaßnahmen im Kulturbereich verkündete. Bis zum Tag der offiziellen Pressekonferenz im Rathaus hatte Stuth es nicht für nötig gehalten, auch nur einen der Direktoren, Intendanten oder Geschäftsführer der betroffenen Institutionen zu informieren.

Fragt sich, wie lange man in einer Demokratie mit solch repressivem Gebaren durchkommt. Landauf landab verschärft sich der Konflikt zwischen Politikern und Bürgern. Es geht um Beschlüsse, die als absurd empfunden werden: Man denke an die Dresdner Waldschlösschenbrücke, die Moselquerung, die Leipziger Paulinerkirche, ganz zu schweigen vom schwelenden Unmut über Hartz IV. Noch beruhigen sich die Parteien damit, dass die Demonstranten nicht die Mehrheit der Wähler stellen. Aber es ist das Wesen einer Demo, dass sie als David-gegen-Goliath-Kampf beginnt. In Stuttgart herrscht längst eine ähnliche Stimmung wie vor zwanzig Jahren in Leipzig: Wir machen friedliche Revolution! Dieser Revolutionsgeist greift nun auf Hamburg über und vielleicht ist das der richtige Zeitpunkt, um daran zu erinnern, dass auch die berühmte Wende ganz klein, mit wenigen Menschen begann.

"Wenn die Repräsentanten meines Staates etwas Dummes tun und ich mich davon nicht betroffen fühle", hat Deutschlands prominenter Sozialpsychologe Alexander Mitscherlich einmal gesagt, "dann lebe ich in keinem demokratischen Staat." Es wird Zeit, dass Hamburgs Politiker begreifen, was Demokratie bedeutet. Nämlich nicht, die Bürger mit ihrem Zorn allein zu lassen. Am 3. Oktober, dem symbolträchtigen Tag der Deutschen Einheit, dem allgemeinen Fest der Demokratie folgte in Hamburg keine regierende Partei der dringenden Einladung zu einer Podiumsdiskussion im Altonaer Museum. Das Haus hatte für sein über die Sparbeschlüsse entsetztes Publikum einen Tag der offenen Tür und ein politisches Podium organisiert. 7000

Menschen kamen. Viele waren empört, dass sich die schwarz-grüne Regierung einer Debatte einfach verweigerte.

Demokratie scheint derzeit in Hamburg nur von denen verkörpert zu werden, die unter Beschuss stehen. Lisa Kosok ist die Chefin der Stiftung Historische Museen, zu der auch das Altonaer Museum gehört. Sie sagt: "Ein Museum kann man nicht einfach schließen, weil weder die Direktoren noch die Kulturbeamten seine Besitzer sind. Wir sind nur die Treuhänder. Besitzer ist die ganze Stadt, also die Bürgerschaft. Ihre Museen bewahren und vermitteln Werte. Sie sind politisch neutrale Orte, wo eine Gesellschaft über sich selbst verhandeln kann." Wenn Politiker aber keine Lust mehr haben zum Verhandeln, dann ist es nur konsequent, solche neutralen Verhandlungsorte abzuschaffen.

Jetzt stellt sich zudem heraus, dass der Hamburger Kultursenat die Schließung des Museums womöglich rechtswidrig beschloss. Denn ein Stiftungsgesetz benennt vier Hamburger Orte als Historische Museen und man kann nicht einfach einen Ort heraus nehmen, ohne das Gesetz zu brechen. Eine Bürgerinitiative will nun gegen den Senat klagen. Wenn der Senat versuchen sollte, durch eine nachträgliche Gesetzesänderung den jüngsten Sparbeschluss zu legalisieren, könnte das zu einer Verfassungsbeschwerde führen.

Mehr zum Thema

- [Kulturpolitik Spar dich reich!](#)
- [Hamburger Kulturpolitik Reinhold Stuths seltsame Karriere](#)
- [Alles zum Thema Stuttgart 21](#)

Schlagworte

[Sparen](#) | [Kulturpolitik](#) | [Hamburg](#) | [Demonstration](#)

Vielleicht hätte es wirklich geholfen, wenn Hamburgs Kulturbehörde, in der reichlich Juristen, aber kaum Kulturfachleute sitzen, mit den zuständigen Museumsexperten geredet hätte. Dann wäre den Politikern vielleicht aufgegangen, dass es noch weitaus Schlimmeres als eine Verfassungsbeschwerde gibt – nämlich

den Vorwurf der Willkür. Was anderes als Willkür wäre eine Gesetzesänderung durch den Senat, die einen rechtswidrigen Senatsbeschluss nachträglich legitimierte? Das hieße, ein Parlament gibt sich selbstherrlich die Gesetze, die ihm gerade nützen. Dafür gibt es in einer Demokratie kein Mandat. Doch womöglich werden die Hamburger Politiker wie die Stuttgarter und wie auch die Kanzlerin sagen: Liebes Volk, *ihr* dürft natürlich demonstrieren. Aber *wir* beschließen. Denn ihr habt uns ja gewählt.

Wer so denkt und handelt, der glaubt, dass einmal gewählte Politiker unfehlbar sind. Dass sie mit der Wahl sozusagen in einen gottähnlichen Zustand übergehen. Dass die Regierenden immer Recht haben, weil sie mehr als bloße Bürger sind. So ist es aber nicht. In einer Demokratie, anders als in der Diktatur, hat nicht nur der Bürger das Recht zu demonstrieren, sondern der Politiker hat auch die Pflicht, aus

Demonstrationen zu lernen.

QUELLE: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/kultur/2010-10/meinung-altonaer-museum>